

Zu diesem Heft

David Marsh, englischer Autor eines Buchs über den Euro, wettete 1991 mit dem deutschen Kanzler, dass die Briten sich dem Währungsverbund nicht anschließen würden. Niemanden, außer großen Euro-Visionären wie den Kanzler, wird es überrascht haben, dass Marsh die Wette gewonnen hat. Dafür erhielt er 1997 sechs Flaschen »Gimmeldinger Meerspinne« und eine Einladung zu einem Gläschen ins Kanzleramt.

Die Idee einer gesamteuropäischen Währung ist nicht neu, schon Napoleon verfolgte diesen Gedanken, und auch Victor Hugo setzte sich auf dem Pariser Friedenskongress 1849 dafür ein. Als 1865 die Verträge über die Lateinische Münzunion geschlossen wurden, war jedoch nur ein kleiner Teil der europäischen Länder dabei, Frankreich, Italien, die Schweiz, Belgien und Griechenland gehörten ihr an. Die Münzunion war auch kein einheitlicher Währungsraum, sondern ähnelte mehr dem späteren Bretton-Woods-System: Die Kurse der Währungen wurden gegeneinander fixiert und nach bestimmten Regeln angepasst. Die Verträge wurden jährlich verlängert, die Union bestand immerhin 62 Jahre lang.

Das Bretton-Woods-System, das 1944 zwischen den Briten und den Amerikanern ausgehandelt wurde, war allerdings ehrgeiziger: Auch hier sollten feste Wechselkurse Währungsschwankungen verhindern und einen stabilen Handelsraum bilden, aber es gab darüber hinaus noch ein politisches Ziel: Man wollte ein die ganze Welt in Frieden umspannendes Handelssystem. Statt jedoch nach dem britischen Vorschlag eine neutrale Leitwährung einzusetzen, wurde auf massiven Druck der Amerikaner hin der Dollar zum universalen Zahlungsmittel. So konnten die USA ihr bald anwachsendes Zahlungsbilanzdefizit durch die Ausgabe von Dollars an ausländische Zentralbanken finanzieren und sich damit der geldpolitischen Disziplin entziehen, die für alle anderen Länder galt – Dollars bildeten den Grundstock der Währungsreserven der Zentralbanken der Welt. Die Krise der siebziger Jahre, als die Kosten des Vietnamkriegs den Dollar inflationierten, führten zum einen zur Auflösung des Bretton-Woods-Abkommens – die Wechselkurse wurden freigegeben – und zum anderen dazu, dass die Europäer nach einem eigenen Weg suchten, sich einen Handelsraum mit stabiler Währung zu schaffen. Denn was für Kapitalexpornationen wie die USA und Großbritannien mit einer global agierenden Finanzbranche ein Vorteil, ist für Warenexpornationen wie Deutschland ein Nachteil.

Doch die europäische Gemeinschaftswährung hatte ursprünglich noch ein anderes Ziel: Der damalige französische Staatspräsident Mitterrand glaubte, er könne mit einer Einheitswährung, die von einer von einem Franzosen geleiteten Notenbank gelenkt wird, der deutschen Wirtschaft Fesseln anlegen. Die Bundesrepublik war nicht nur stärkste Volkswirtschaft geworden, sondern auch größte Gläubigerin in Europa. Die langsamer wachsenden Lohnstückkosten und die niedrigere Inflationsrate wirkten sich gegenüber den europäischen Handelspartnern wie eine reale Abwertung der D-Mark aus: Die relativ günstigeren deutschen Waren führten zu wachsenden Handelsüberschüssen, und alles Drängen der Handelspartner, ange-

sichts eines offenen europäischen Handelsraums die D-Mark aufzuwerten, um ihre Industrien zu schützen, fruchtete nichts. Stattdessen berief sich die Bundesbank stur (wie Marsh schrieb: »brutal«) auf ihre Aufgabe der Bewahrung der Preisstabilität. Wieder einmal tauchten Erinnerungen an deutsches Großmachtstreben in der englischen Presse auf: Hitler vor dem Gebäude der Deutschen Bundesbank – hatte man Deutschland 1945 militärisch besiegt, um sich ihm nun eine Generation später wirtschaftlich unterwerfen zu müssen?

Die Betrachtung der Situation in der Eurozone bietet ein Déjà-vu: Das Grundproblem ist geblieben, Deutschland ist größter Waren- und Dienstleistungsexporteur im Binnen- wie im Außenhandel der EU,¹ und die Handelsbilanzdefizite der meisten EU-Partnerländer sind weiter angestiegen. Die Fesseln, die man der deutschen Wirtschaft anlegen wollte, haben nicht den erwarteten Effekt gehabt: Statt Instrumente zur Überwindung der Heterogenität in diesem Handelsraum anzubieten, hat der Binnenmarktwettbewerb Konvergenz verhindert, Steuerflucht geradezu gefördert und zu gewaltigen Fehlallokationen von Kapital mit der Folge einer Investitionsblase geführt. Solange man die nationalen Handelsbilanzen nicht beachtete, sondern nur den Globalhaushalt der Eurozone, war diese Entwicklung allenfalls für Spezialisten zu bemerken. Offensichtlich wurde dies, als Fonds-Manager und Investmentbanker die Schwächen der Gemeinschaftswährung für sich auszunutzen begannen: Sie unterstellten, dass Staaten wie Griechenland mittel- bis langfristig keine Aussichten auf Wachstum böten und dass griechische Staatsanleihen deshalb ein höheres Risiko in sich bergen als die Anleihen anderer Mitgliedsstaaten des Euroverbunds. Der Euroverbund wurde also fiktiv aufgelöst, und die Staatsanleihen bekamen unterschiedliche Preise – ein neues Spiel um den Euro war geboren. Der EZB fehlt aber die Funktion des *lender of last resort*, um Bankenpaniken und Staatspleiten zu verhindern, sie ist auf deutschen Druck hin nach dem Muster Bundesbank konstruiert und hat nur die Aufgabe der Überwachung der Preisstabilität. Zwar hat die EZB sich aus der Not heraus über diese Schwäche hinweggesetzt und direkt Staatsanleihen aufgekauft oder den europäischen Privatbanken billiges Geld zur Verfügung gestellt, mit dem sie Staatsanleihen aufgekauft haben, um Mitgliedsländer vor dem Bankrott zu retten, aber ohne politische Unterstützung wird sie diese Programme nicht lange durchführen können.

Handelsunionen können auch ohne eine gemeinsame Währung auf Dauer bestehen – die Hanse existierte fast vierhundert Jahre lang. Echte Währungsunionen aber konvergieren zu einem neuen Staat oder lösen sich auf. Die Geschichte ist voll von Beispielen für Währungsunionen, die zerfallen sind, weil sie sich nicht zu einer politischen und fiskalischen Einheit weiterentwickelt haben. Was sollte uns davon überzeugen, dass es diesmal anders ist?

1 Während Luxemburg größtes Kapitalexportland ist, sowohl im europäischen Binnenmarkt als auch außerhalb der EU. Von daher ist es nicht überraschend, dass der Vorsitzende der Ecofin-Gruppe ein Luxemburger ist. Vgl. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-12-003/EN/KS-SF-12-003-EN.PDF, S. 6 (Zugriff vom 26.04.2012).

Die Wetten auf den Untergang des Euro laufen schon heiß, wer setzt eine Kiste Wein dagegen? Die Eurokrise ist das Thema des Beitrags von Gerhard Illing, Sebastian Jauch und Michael Zabel, in dem die gefährliche Ausrichtung der deutschen Debatte kritisiert und die institutionelle Weiterentwicklung des Euroraums zur Überwindung der Krise empfohlen wird.

Außerdem lesen Sie in diesem Heft eine Studie von Anna Leipprand und Nils aus dem Moore zur scheinbar unauflösbar konträren Stellung von Ökonomen einerseits und Ökologen andererseits in der Frage des Wirtschaftswachstums, einen Aufsatz von Tobias ten Brink über die aktuellen Veränderungen in China und eine Betrachtung von Arthur Benz über den Wandel der Staatlichkeit. Günther Schmid befasst sich mit der Frage, wie die Lasten der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts gerechter verteilt werden können, und schließlich geht es um Wissenschaftspolitik aus sehr verschiedenen Perspektiven: Friedhelm Neidhardt untersucht, wie der Wissenschaftsrat funktioniert und welchen Einfluss er auf die Wissenschaftslandschaft hat, und Niels Taubert fragt, ob große Zeitschriftenkonzerne nicht mit scheinbar rein technischen Instrumenten Einfluss auf die Wissenschaft selbst ausüben.

Reinhard Blomert